

BALL fordert Verbesserungen bei der Schulkinderbetreuung

In der Schulausschusssitzung im Januar forderten die BALL-Vertreter deutliche Verbesserungen bei der Betreuung von Schulkindern an der Grund- und Gemeinschaftsschule. BALL-Stadtvertreter Dr. Günter Thiel: „Für rd. 30 Schulkinder müssen endlich ausreichend große und feste Räumlichkeiten geschaffen werden, in denen die Kinder vor und nach dem Unterricht in Ruhe betreut werden können. Zudem erwarten wir, dass diese wichtige Arbeit nicht über prekäre Arbeitsverhältnisse erfolgt.“ Zudem müsse die Stadt sich damit befassen, ob perspektivisch die Betreuungskapazitäten und die Betreuungszeiten ausreichend sind.

Weiter gegen CETA

Europaweit hatte sich in den letzten Monaten der Protest gegen das „Freihandelsabkommen“ mit Kanada CETA entwickelt.

Nun haben die Abgeordneten des Europaparlaments vor ein paar Tagen richtungweisende Entscheidungen getroffen. Leider entschieden sich die meisten Abgeordneten für die Interessen der Konzerne. Damit ist der Versuch, CETA zu stoppen, auf europäischer Ebene vorerst gescheitert.

Bereits im Dezember hatte der SPD-Vorsitzende Siegmund Gabriel seine Leute auf CETA eingeschworen. Erst dadurch wurde die jetzige Verabschiedung durch Konservative und Sozialdemokraten im Europa-Parlament möglich. Hinter den Argumenten für das Abkommen steckt aber ein großer Schwindel.

Schwindel Nr. 1: CETA schützt die Rechte von ArbeitnehmerInnen

Schwindel Nr. 2: CETA ist ein guter Deal für Umwelt und Klima

Schwindel Nr. 3: CETAs Investorenrechte schützen staatliche Regulierungen zum Schutz von Umwelt, Klima und Gesundheit

Schwindel Nr. 4: CETA schützt öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheit und Wasser

Schwindel Nr. 5: CETA schafft einen unabhängigen Gerichtshof für Investor-Staat-Klagen

Schwindel Nr. 6: CETA sichert Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt.

Genau das Gegenteil ist der Fall: CETA ist allein auf die Interessen der Konzerne ausgerichtet – Arbeitnehmerrechte, die Umwelt und die Selbstbestimmung von Kommunen werden ausgehöhlt!

Jetzt muss CETA von 38 nationalen und regionalen Parlamenten in allen EU-Staaten ratifiziert werden. Wenn hier nur ein Parlament nein sagt, dann ist CETA tot. Deshalb werden die Aktivitäten gegen das Abkommen weiter gehen.

Größere Räumlichkeiten für die Stadtbücherei

Und täglich liest das Marmeltier

Bei den Jahresberichten der Barmstedter Stadtbücherei im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport fühlt man sich unweigerlich an den Hollywood-Film mit dem Marmeltier aus dem Jahr 1993 erinnert. Denn was die Leiterin der Stadtbücherei, Frau Sabine Jülich, dort Jahr für Jahr vorträgt, gleicht sich leider ein ums andere Mal, zumindest in einem Punkt: Der räumliche Mangel zieht sich durch die Jahresberichte der Stadtbücherei seit mehr als 10 Jahren.



Henrik Pünner

Bedenklich ist dabei, dass sich dieser Mangel nicht nur auf die reinen Publikumsflächen beschränkt, sondern auch die Mitarbeiter betrifft. So berichtete Frau Jülich in ihrem Jahresbericht 2017 über eine sicherheitstechnische Begehung im November 2016. Zu den Arbeitsplätzen der Mitarbeiter heißt es dort: „Die vorhandenen Bedingungen sind für die Mitarbeitenden nicht zumutbar und bedürfen dringend einer Änderung, da die räumliche Enge keine ergonomische



Arbeitsplatzgestaltung zulässt. [...] Gesundheitliche Beeinträchtigungen der Mitarbeitenden werden vom Arbeitgeber in Kauf genommen.“ Der Bericht kommt weiter zu dem Fazit: „Im Hinblick auf eine Weiterentwicklung des Angebotes der Stadtbücherei für die Barmstedter Bürgerinnen und Bürger [...] und der räumlichen Enge, unzureichenden Sanitärbereiche und beschriebenen Nichteinhaltungen der Anforderungen

der Arbeitsstättenverordnung sollte entweder ein Erweiterungsbau oder ein anderer Standort in Erwägung gezogen werden. In jedem Fall besteht dringender Handlungsbedarf, um gesundheitliche Beeinträchtigungen und Gefährdungen zu reduzieren.“ Hier offenbaren sich aus Sicht der BALL ein weiteres Mal auf dramatische Art die Folgen eines diktierten Sparhaushaltes. Spätestens wenn es um die Ge-

sundheit der eigenen Mitarbeiter geht, muss im Sinne der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers, also der Stadt, für eine verbesserte Situation gesorgt werden.

Darüber hinaus verdeutlicht der Blick über die Stadtgrenzen, dass öffentliche Bibliotheken nicht mehr reine Ausleihstationen, sondern Begegnungsorte für alle Generationen und Kulturen sind. „Die Stadtbücherei Barmstedt versteht sich, so formuliert es Frau Jülich, als Kultur- und Lernort, als Vermittlerin von Medien- und Informationskompetenz, als Ort der Innovation und Integration und als moderne Dienstleisterin für die Menschen,

Gruppen und Institutionen ihrer Kommune und ihres Einzugsgebietes“.

Dieser Einschätzung schließt sich die BALL ausdrücklich an, davon abgesehen, was eine zeitgemäße Bibliothek mit hoher Aufenthaltsqualität und einem breiten Angebot für die Lebensqualität und damit auch für die Attraktivität von Barmstedt bedeutet. Dass das Geld kostet, ist ebenso klar wie die Antwort der meisten anderen Barmstedter Fraktionen auf die Wünsche der Bibliothekarin: „Dafür ist kein Geld da!“ Die BALL bleibt jedoch dabei, dass eine vernünftige Finanzierung und Ausstattung im Bildungs- und Sozialwesen Voraussetzung für ein lebendiges, kulturelles, demokratisches und soziales Miteinander und damit letztlich auch Bedingung für wirtschaftliche Entwicklung ist.

Auf Antrag der BALL-Fraktion beschloss der Ausschuss für Kultur, Schule und Sport in seiner Sitzung am 23.01.2017, die Verwaltung zu beauftragen, die Möglichkeiten und Kosten für Erweiterung oder Umzug der Stadtbücherei zu prüfen. Direkt geäußert wurde dabei die Idee eines Umzugs in das ehemalige Hotel Stadt Hamburg am Marktplatz. Damit wäre die Bibliothek dann auch im tatsächlichen Zentrum von Barmstedt angekommen und nicht nur in dem in den 1970er Jahren angedachten „neuen Zentrum“ am Holstenring.

Barmstedter Linke Liste fordert:

Neue KITA jetzt!

Auf der letzten Sitzung des Sozialausschusses wurde von der Stadtverwaltung berichtet, dass sich die Anzahl der Kinder auf den Wartelisten für einen KITA-/Krippenplatz zum August 2017 weiter erhöht hat. Bis ein neuer Kindergarten gebaut ist, wird die Platznot teilweise durch Tagesmütter – auch aus Umlandgemeinden – etwas verringert. Dieses darf aber keine Dauerlösung sein.



Klaus Kuberzig

Der Bau eines weiteren Kindergartens wird also immer drängender, zumal in Barmstedt

mehrere neue Baugebiete entstehen. Und hier taucht jetzt ein Problem auf:

Seit dem 1. August 2013 gilt der Rechtsanspruch auf einen KITA Platz oder eine Betreuung in der Tagespflege. Da müsste das Sozialministerium in Kiel doch eigentlich alles unternehmen, um das Angebot an KITAs zu erhöhen. Aber genau das Gegenteil ist zurzeit der Fall. Wollte in der Vergangenheit ein Träger (z.B. die AWO oder die Diakonie) einen Kindergarten bauen und die entsprechenden Zuschüsse erhalten, musste ein „Interessenbekundungsverfahren“ in Gang gesetzt werden. Dieses Verfahren gibt es seit letztem Jahr aber nicht mehr und neue Vergaberichtlinien sind in Kiel noch nicht in Kraft getreten.

Auskunft, wie und wann jetzt verfahren werden soll, gibt das Ministerium nicht!

Mit anderen Worten: Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen KITA Platz wird – zumindest im Moment – nicht befolgt.

Die BALL fordert, dass jetzt alle möglichen Hebel in Gang gesetzt werden, um das Problem zu lösen. Unabhängig von den neuen (bisher unbekannt) Kieler Vergaberichtlinien können seitens der Stadt einige Dinge bereits in Angriff genommen werden:

- Gespräche mit möglichen Trägern eines neuen Kindergartens
- Suche nach einem geeigneten Grundstück
- Gegebenenfalls muß die Stadt selbst Träger des Kindergartens werden.

Umfrage medizinische Versorgung in Barmstedt

Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum und in kleinen Städten wie z. B. in Barmstedt, wird zusehends schwieriger. Überfüllte Wartezimmer bei den Hausärzten und oft monatelange Wartelisten bei den Fachärzten. Hinzu kommt, dass die Facharztpraxen sich in Elmshorn oder Pinneberg befinden und somit von vielen Barmstedtern ohne Auto schwer erreichbar sind.

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Benötigen wir mehr Hausärzte in Barmstedt? Ja Nein

Wie beurteilen Sie die Notfallversorgung? Gut Schlecht

Welche Fachärzte sollten auch in Barmstedt erreichbar sein?

Augenheilkunde Ja Nein

Frauenheilkunde Ja Nein

Orthopädie Ja Nein

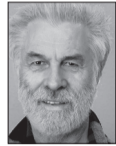
oder _____

Bitte ausfüllen und senden an

Helmut Welk, Nappenhorn 29, 25355 Barmstedt.

Flüchtlingsabwehr

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International üben scharfe Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik. Die Organisationen stellen fest, die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung habe die rechtlichen Rahmenbedingungen für Asylsuchende in den



Helmut Welk

vergangenen zwölf Monaten erheblich verschlechtert. Neueste Idee: Zur Durchsetzung von Abschiebungen sollen die Mobiltelefone von Geflüchteten ausgelesen werden und die Abschiebehafte soll verlängert werden. Begleitet wird das Ganze durch mehr als 3500 Überfälle

auf Flüchtlingsunterkünfte und Flüchtlinge im Jahr 2016.

Außerdem verursacht die von Deutschland dominierte EU-Flüchtlingsabwehr Massensterben im Mittelmeer. Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Menschen, die auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer umkamen, einen neuen Rekord erreicht: Es starben im Jahr 2016 dort 5.085 Menschen, 2015 waren es ca. 3900.

Mehr als besorgniserregend sind auch die beginnenden Sammelabschiebungen in einigen Bundesländern nach Afghanistan, obwohl Experten und UN-Organisationen dringend davor warnen und bereits einige aus Deutschland nach Kabul verbrachte Flüchtlinge dort Opfer eines Anschlags geworden sind. Die CDU/CSU/

SPD-Regierung will dieses Jahr die Zahl der Abschiebungen deutlich steigern; vergangenes Jahr belief sie sich bereits auf rund 80.000 Personen. Von der Willkommenskultur zur Abschiebekultur.

Beinahe 15 Jahre nach dem Beginn des NATO-Kriegs gegen Afghanistan und der unter starker deutscher Beteiligung durchgeführten Besetzung herrschen in dem Land katastrophale wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, kriegsähnliche Zustände sowie eine miserable Sicherheitslage. Mehr als 250.000 Menschen sind dem Krieg direkt oder indirekt zum Opfer gefallen. Die Zahl der afghanischen Flüchtlinge wird von den Vereinten Nationen aktuell auf 1,5 Millionen geschätzt – mit steigender

Tendenz. Die Zusammenarbeit der NATO mit den regionalen Warlords gegen die Taliban hat den Drogenanbau zum wichtigsten Wirtschaftszweig anwachsen lassen. 40 Prozent aller Afghanen leben unterhalb der nationalen Armutsgrenze. Aktuell sind 2,7 Millionen der rund 30 Millionen Afghanen unterernährt. Die Kindersterblichkeit zählt zu den höchsten weltweit.

Die Bundesregierung stuft Afghanistan als „sicheres Herkunftsland“ ein, um die Deportationen rechtlich durchsetzen zu können. In zahlreichen deutschen Städten demonstrierten Tausende von Menschen gegen die Sammelabschiebungen. Es bleibt zu hoffen, dass die SPD/Grünen-Landesregierung in Kiel auch nach der Landtagswahl im Mai sich gegen die Abschiebungen nach Afghanistan sperrt.

Stadthaushalt 2017



Zum Haushalt 2017 der Stadt Barmstedt gab BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel in der Februarsitzung der Stadtvertretung folgende Stellungnahme ab: „Während hier auf kommunaler Ebene über bescheidene Beträge für die Schulen, soziale und kulturelle Einrichtungen oder den Sport gerungen wird und die Bürgerinnen und Bürger wo immer möglich zur Kasse gebeten werden, sehen wir, wie anderenorts Milliardenbeträge verbrannt werden, die in den Kommunen wie Barmstedt fehlen. Zwei aktuelle Beispiele:

■ Die verschiedenen Landesregierungen von CDU und SPD haben mit ihrer neoliberalen Politik der HSH-Nordbank gigantische und riskanteste Kreditgeschäfte ermöglicht, und das Ende werden jetzt die Menschen in Hamburg und Schleswig-Holstein ausbaden: 16 bis 20 Mrd. Euro sollen die Verluste betragen. Nimmt man nur die Hälfte des von Schleswig-Holstein zu tragenden Anteils von 16 Mrd. Euro, so sind die Barmstedterinnen und Barmstedter überschlägig gerechnet mit einem Anteil von rd. 28 Mio. Euro dabei. Die Verschuldung unserer Stadt liegt bei rund 21 Mio. Euro. Man könnte somit auch auf die Idee kommen, dass das Land einen Schuldenschnitt für Gemeinden mit besonders hoher Verschuldung machen könnte.

■ Von der jüngsten sogenannten Münchener „Sicherheitskonferenz“ wurden nicht zuletzt von der schwarz-roten Bundesregierung gefährliche Botschaften gesendet, die auch alle Kommunen sehr massiv betreffen: 130 Mrd. Euro will die Bundesregierung in den kommenden Jahren zusätzlich in die Aufrüstung stecken und den gefährlichen Kurs der US-geführten Nato in Richtung Eskalation mitgehen. Die Barmstedterinnen und Barmstedter wären anteilig mit mehr als 16 Mio. Euro dabei. Mit diesen 16 Mio. Euro könnten wir den dringend benötigten weiteren Kindergarten bauen, wir könnten der Stadtbücherei größere Räumlichkeiten geben, der Feuerwehr eine neue Unterkunft bauen, an der Grund- und Gemeinschaftsschule für die Schulkinderbetreuung angemessene Räumlichkeiten errichten, am Gymnasium eine Aula bauen und den Bau von Sozialwohnungen z. B. durch die Bereitstellung von Grundstücken in Erbpacht fördern.

Der Haushalt 2017 der Stadt leidet weiterhin an dem Grund-

problem der zu geringen Finanzausstattung durch Land und Bund, an der auch die jüngste kommunale Finanzreform der Landesregierung nichts Nennenswertes geändert hat. Das Defizit im Verwaltungshaushalt wird um weitere mehr als 2 Mio. Euro ansteigen und dann am Ende dieses Jahres bei rd. 5 Mio. Euro liegen. Und das, obwohl jede Haushaltsposition dreimal umgedreht wurde und die Stadtwerke ihren hohen Beitrag zur Haushaltsentlastung leisten. Alle Ausgaben im Bereich Soziales, Schulen, Kultur, Jugend und Sport sind seit vielen Jahren eingefroren und werden somit jährlich real gekürzt.

Dr. Günter Thiel



Bei Straßenausbauten werden die Anlieger mit hohen Beiträgen herangezogen, in der Stadtverwaltung schieben die Mitarbeiter 2000 Mehrarbeitsstunden vor sich her, im schönen und guten Seniorenheim des Zweckverbandes haben die Mitarbeiterinnen durch Gehaltsverzicht den Defizitzuschuss der Gemeinden gesenkt. Einem Haushalt, der unter dem Diktat der Finanznot zu entwickeln ist, wollen wir nicht zustimmen. Bei einer anderen Politik könnte den Gemeinden tatsächlich das in den hohen Texten beschriebene Selbstverwaltungsrecht ermöglicht werden, denn Geld ist genug da, wie allein die zwei eingangs angeführten Beispiele zeigen.

Auf der anderen Seite muss man angesichts der prekären Finanzlage im Haushalt einige Dinge als positiv herausstellen, so z. B. dass der Stellenplan bei der Stadt abgesichert ist und sogar eine Perspektivstelle für einen Auszubildenden enthält; der Mietwohnungsneubau in der Feldstr.; die Investitionen bei der Feuerwehr; die Substanzerhaltung in den öffentlichen Gebäuden und Schulen; die gute Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge nicht zuletzt durch hohen ehrenamtlichen Einsatz, die Unterstützung des Kunstrasenbaus an der Düstellohe, die Aufrechterhaltung der sozialen und kulturellen Einrichtungen oder die Unterhaltung des kommunalen Seniorenheims.“

Gegen soziale Not und Armut:

Sofortmaßnahmen

Es war die SPD/Grünen-Bundesregierung unter Kanzler Schröder, die für den größten Sozialabbau zu Lasten der arbeitenden Menschen in der Geschichte der Bundesrepublik gesorgt hat; CDU/CSU und FDP klatschten begeistert Beifall. Die Folgen: langjährig Beschäftigte landen nach einem Jahr Arbeitslosengeld 1-Bezug bei Hartz-IV. Auf die noch Beschäftigten wurde dadurch erheblicher Druck aufgebaut, um niedrige Löhne und Druck am Arbeitsplatz zu akzeptieren. Ungesicherte Arbeitsverhältnisse oftmals ohne Rentenversicherung – befristete Jobs; Werkverträge; Mini-Jobs; Leiharbeit – wurden vor allem für junge Menschen die Regel. Millionen Menschen, darunter

mehr als 2 Millionen Kinder, leben inzwischen in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften; in Barmstedt sind es mehrere Hundert Personen. Hunderttausende sind den oftmals willkürlichen Sanktionen der job-center ausgeliefert, in deren Folge die Hartz-IV-Sätze in mehreren Stufen bis auf Null gekürzt werden. Viele verdienen so wenig, dass sie ihr Einkommen auf den Hartz-IV-Satz aufstocken müssen. Aktuell erleben wir ein wenig glaubwürdiges Schauspiel: SPD-Kanzlerkandidat Schulz, der als SPD-Präsidiumsmitglied zusammen mit Gabriel, Steinmeier, Nahles und Schröder seinerzeit die ganzen „Agenda 2010“-Schweineereien beschlossen hat und auch im Europa-Parlament nicht durch soziale Politik auf-

gefallen ist, findet die „Agenda 2010“, also die Massenarmut und die Millionen prekären Arbeitsverhältnisse, zwar im Prinzip gut, aber es müßten leichte Verbesserungen her, so die Verlängerung des Arbeitslosengeld 1-Bezugs für bestimmte Arbeitnehmer. Dagegen ist nichts einzuwenden, aber das ist fast nichts. Im Einklang mit Sozialverbänden, Arbeitsloseninitiativen, der LINKEN und fortschrittlichen Gewerkschaftern unterstützt die BALL u. a. diese Forderungen zur Armutsbekämpfung:

- Deutliche Erhöhung des Mindestlohns von jetzt 8,84 Euro auf 12,- Euro pro Stunde.
- Befristete Arbeitsverhältnisse, Werkverträge und Leiharbeit müssen rigoros eingeschränkt werden.

- Weg mit den Hartz-IV-Sanktionen!
- Sofort deutliche Aufstockung des Hartz-IV-Satzes auf 500,- Euro/Monat und ebenso deutliche Aufstockung der Grundsicherungsrente.
- Die realen Miet- und Heizkosten müssen anerkannt werden.
- Es muß eine eigenständige bedarfsdeckende viel höhere Kindergrundsicherung her.
- Kurzfristig darf das Kindergeld nicht als Einkommen in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften angerechnet werden.

Mit Hunderten von Milliarden Steuergeldern werden die Großbanken unterstützt, mit 130 Milliarden Euro will die Bundesregierung aufrüsten (s. o.). Man sieht: Geld ist genug da zur Linderung von sozialer Not. Aber es muß eine sozialere Politik durchgesetzt werden, und dazu benötigt die LINKE im Bundestag noch erheblich mehr Unterstützung.

Sag mir, wo die Bäume sind ...

Wenn ein gewisser Donald Trump Bürgermeister in Barmstedt wäre, dann hätte er Anfang des Jahres womöglich getwittert: „Seht, was in Barmstedt passiert ist. Flüchtlinge haben an der Krückau ein Kettensägemassaker veranstaltet, deutsche Bäume massenweise ausgelöscht.“ Nun ist Donald Trump nicht Bürgermeister von Barmstedt (obwohl dies für die Welt wahrscheinlich ein Segen wäre), Fakt (nicht Fake!) ist allerdings, dass an der Krückau Ende des vergangenen Jahres deutlich



Erlen und Ahorne zu fällen; tatsächlich ist ein Mehrfaches dieser Menge an Bäumen abgeholzt worden.

Diese Maßnahme wird nun auch von der Verwaltung als Fehler eingestuft; es soll ein Sicherungsverfahren eingeführt werden, damit sich solche Aktionen in Zukunft nicht wiederholen. Damit die Allee an der Krückau auch weiterhin erhal-

ten bleibt, sollen Ersatzbäume gepflanzt werden.

BALL unterstützt weiterhin die Einführung einer Baumschutzsatzung

Der damalige Umweltausschussvorsitzende Rolf Steckmest von der BALL-Fraktion hat sich schon vor knapp zehn Jahren für eine Baumschutzsatzung in Barmstedt eingesetzt,

im Jahre 2008 wurde der Entwurf einer Baumschutzsatzung im Umweltausschuss beraten und befürwortet – fand dann aber in der Stadtvertretung keine Mehrheit.

Nun befürwortet auch die Bürgermeisterin die Einführung einer Baumschutzsatzung. Im Umweltausschuss soll ein neuer Anlauf unternommen werden, eine Baumschutzsatzung für Barmstedt zu erlassen. An der Position der BALL hat sich in dieser Frage nichts geändert. Wir halten es nach wie vor für wichtig, den wertvollen gewachsenen Baumbestand in unserer Stadt zu schützen, weil dieser das Stadtbild prägt und nicht zuletzt eine wichtige Rolle für das Stadtklima spielt. Bäume wandeln Kohlendioxid in lebensnotwendigen Sauerstoff um und bieten für viele Insekten, Vögel und anderen Organismen einen Lebensraum.



Herbert Flick

mehr Bäume als geplant gefällt worden sind. Sinnvoll wäre es gewesen, ein gutes Dutzend abgestorbener